



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 836 890

P/XVII/85 - 17. April 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Lobbyisten</u> Folgerungen aus der Fibag-Affäre	45
1a	<u>Entwickelte Entwicklungshilfe</u> Unklarheit trotz guter Einsichten und Vorsätze	58
2 - 3	<u>Die Mär von der "unpolitischen Jugend"</u> Zur 5. Bundesjugendkonferenz des DGB in Berlin Von Waldemar Ritter	98
4 - 5	<u>Kein Geld für Tierschutz ?</u> Falsch angebrachte Sparsamkeit Von E. G. Ritzel, MdB	67
6	<u>Rückblick auf eine stolze Geschichte</u> 75 Jahre Sozialdemokratische Partei Norwegens	41

\* \* \*  
\* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Lobbyisten  
-----

Folgerungen aus der Fibag-Affäre

ler. Der Fibag-Wahn wird in Bonn - und nicht nur in Bonn - noch lange anhalten, vielen Beteiligten schlaflose Nächte bereiten, vielleicht eine Unzahl von Meineidsprozessen auslösen und den Kritikern der Nachkriegsgesellschaft unermesslichen Stoff für Satiren und Tragikomödien liefern. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss wird keine Osterferien haben, soll doch sein Bericht schon beim nächsten Zusammentreten des Parlaments vorliegen. Er hatte in einem Sumpf zu wühlen und Verantwortlichkeiten festzustellen. Das Protokoll umfasst viele hundert Seiten, und wer sich der Mühe unterzieht, den Wust von widersprüchlichen Aussagen durchzulesen, ist erschüttert.

Noch ist es für eine abschliessende Beurteilung dieser Affäre zu früh; auch sei dem Untersuchungsergebnis nicht vorgegriffen. Aber eine Schlussfolgerung ergibt sich wohl von selbst, drängt sich auf: die Schlussfolgerung nämlich, dass die ganze Affäre nicht möglich gewesen wäre, ohne den vielschimmernden Hintergrund des Lobbyistenunwesens.

In Regierungsprogramm von Willy Brandt hiess es u.a.:

"Für alle Interessenvertreter in der Bundeshauptstadt und ihrer Umgebung wird eine Registrierpflicht eingeführt. Interessenvertretung ist legitim. Es ist Schuld der Bundesregierung, wenn sie unangemessenen und unsachlichen Einfluss nimmt".

Von der Macht und dem Einfluss Bonner Lobbyisten können viele Parlamentarier ein trauriges Lied singen. Manchen Gesetzentwürfen versuchen sie ihre Handschrift aufzuprägen. Ganz lässt sich dies wohl nicht vermeiden, doch kommt es hier auf das zulässige Mass an. Die USA haben schon lange eine Registrierpflicht für alle in Washington wirkenden Lobbyisten eingeführt, die bestimmte Interessen und Interessentengruppen vertreten. Was sie tun, was sie erreichen, vollzieht sich nicht im Verborgenen; die Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses wissen, woran sie sind, wenn sie sich ihre Wünsche anhören. So wird ein Riegel vor mögliche Korruption und Bestechung geschoben - auch zur Genugtuung der Bürokratie, die der Versuchung gar nicht ausgesetzt wird. Der Interessenvertreter in den USA muss, will er Gehör finden, darauf bedacht sein, einen guten Ruf zu erwerben und ihn zu bewahren. Wer da einmal strauchelt, dem bleiben für immer die Tore Washingtoner Regierungsämter verschlossen.

Sollte eine ähnliche Regelung, so wie sie Willy Brandt in seinem Regierungsprogramm erstrebte und wie sie in den Vereinigten Staaten sich schon längst bewährte, nicht auch für Bonn möglich sein? Die durch den Untersuchungsausschuss in der Fibag-Affäre bekanntgewordenen Vorgänge auch in einem Ministerium verlangen geradezu die Einführung der Registrierpflicht. Im dubiosen Hintergrund wirkender Figuren muss es unmöglich gemacht werden, das Ohr eines Ministers zu erreichen. Wohin das führt, legte die Fibag-Geschichte bloss. Ihre vergiftenden Auswirkungen werden noch lange Zeit in unserem Staatsgefüge zu spüren sein.

## Entwickelte Entwicklungshilfe

### Unklarheit trotz guter Einsichten und Vorsätze

sp - Das Entwicklungshilfe-Fieber der letzten zwei Jahre scheint nun auch in der Bundesrepublik etwas abzuklingen. Nicht, daß man die Bedeutung der Hilfe herabmindert; man will endlich etwas Ordnung, etwas mehr Koordination, weniger hektische Betriebsamkeit, dafür aber eine größere Effektivität.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Walter Scheel, hat kürzlich einige Reden gehalten, die zu der Hoffnung berechtigen, daß nicht nur der leidige Konkurrenzkampf um die "Kompetenzen" bei Entwicklungsprojekten eingedämmt, sondern daß auch mehr als bisher den großen gesellschaftspolitischen Problemen in den Entwicklungsländern Aufmerksamkeit gewidmet wird. Nur so ist eine Bemerkung Scheels vor der Vollversammlung der Kölner Industrie- und Handelskammer zu verstehen, in der eine Kursänderung in den Methoden der Entwicklungshilfe angedeutet wird. Der Staat - in diesem Falle also die Bundesrepublik - müßte sich in Zukunft, so sagte Herr Scheel, auf die Verbesserung der Sozialstruktur und wirtschaftlichen Infrastruktur in den Entwicklungsländern beschränken, während die privaten Unternehmer den Aufbau der Industrie- und Agrarwirtschaft unterstützen sollten.

Bei den bisherigen Ankündigungen des Ministers über seine Bemerkungen ist jedoch leider noch nicht ganz klar, in welchem Ausmaß private Investitionen deutscher "Entwicklungsunternehmer" durch Bundesbürgschaften abgesichert werden sollen. Hoffentlich wird man darüber bald etwas genaueres erfahren, denn es wäre gewiß nicht gut, wollte man mit Hilfe des deutschen Steuerzahlers nach Afrika, Asien oder Lateinamerika unser Wirtschaftssystem einfach exportieren. So wie die gesellschaftliche Struktur in diesen Ländern heute ist, würde man dadurch die guten Absichten des Herrn Scheel - Verbesserung der Sozialstruktur und wirtschaftlichen Infrastruktur - sicher wieder torpedieren.

Es scheint uns also notwendig zu sein, diesen ganzen Fragenkomplex noch etwas gründlicher zu studieren und die zukünftigen Entwicklungsvorhaben so einzuleiten, daß sie mit den gesellschaftspolitischen Realitäten in den Entwicklungsländern Schritt halten. Nur auf diese Weise wird man sich vor politischen Mißerfolgen und Enttäuschungen schützen können, die den Amerikanern trotz großzügiger finanzieller Hilfe, besonders in den lateinamerikanischen Staaten, nicht erspart blieben.

+ + +

## Die Mär von der "unpolitischen Jugend"

Von Waldemar Ritter

Es ist eine weitverbreitete Mär, daß die Jugend in der Bundesrepublik unpolitisch ist. Wie falsch das ist, haben in letzter Zeit nicht nur die konfessionellen und die verschiedensten studentischen und politischen Jugendverbände gezeigt, sondern noch in weit stärkerem Maße die 5. Bundesjugendkonferenz des deutschen Gewerkschaftsbundes, die am vergangenen Wochenende in Berlin stattgefunden hat. Wir wollen hier nicht zu den dort mit Mehrheit gefaßten politischen Beschlüssen zur Landesverteidigung und zur Notstandsgesetzgebung der Delegierten von 700 000 jungen Gewerkschaftlern Stellung nehmen. Wir können uns auch nicht mit diesen Beschlüssen identifizieren. Im Gegenteil, wir halten sie für falsch. Wir wollen aber hervorheben, daß diese Jugend ihre Arbeit als ein einheitliches Ganzes verstanden wissen will, daß sie jede Selbstbeschränkung ihrer Arbeit in den Fragen der Politik und für alle Bestrebungen die Jugend zu einer unpolitischen Jugend abzustempeln und ihr den Einfluß auf die politische Meinungsbildung innerhalb der Gesellschaft zu verwehren, entschieden ablehnt.

In Berlin ist das offen zum Durchbruch gelangt, was der aufmerksame Beobachter in der letzten Zeit in den verschiedensten Jugendorganisationen wahrnehmen konnte. Das Erkennen der Tatsache nämlich, daß es keine gesellschaftliche Frage gibt, die nicht in gleicher Weise eine politische Frage ist. Diese junge Generation will die politische Auseinandersetzung, sie will darüber streiten, was politisch falsch und was politisch richtig ist.

### Jugend und die Ältere Generation

Aber, so müssen wir fragen, hat die Ältere Generation immer die Mühe der Auseinandersetzung und des Streites auf sich genommen? Ist nicht gerade das Aufbegehren so vieler und so verschiedener Jugendorganisationen ein Zeichen dafür, daß dies nicht in dem notwendigen Umfang und in der dafür notwendigen Tiefe geschehen ist.

Gemeint ist vor allem der Teil der Älteren Generation, der sich bereits allzu häuslich eingerichtet hat und dabei vergißt, das Pfund, das man ihm gegeben hat, wenn schon nicht zu mehren, so doch zu erhalten und weiterzugeben. Gemeint sind aber auch die gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik, deren Worte, mit denen sie die junge Generation bedenken, im krassen Gegensatz zu ihren Taten stehen. Gemeint ist in diesem Zusammenhang und unter besonderer Berücksichtigung der 5. Bundesjugendkonferenz des DGB auch jene Partei, die im letzten deutschen Bundestag noch über die absolute Mehrheit verfügte und heute mit der arbeitnehmerfeindlichen FDP so etwas wie eine Koalition eingegangen ist. Es ist eben ein gutes Stück politischer Unverfrorenheit, wenn der Vertreter der CDU und der Vertreter des Herrn Bundesministers für Familien- und Jugendfragen von einer besonderen Berücksichtigung des jugendpolitischen Anliegens der Gewerkschaften sprechen und wenn der Vertreter der FDP-Bundesleitung die "Herzlichen Grüße" des Herrn Dr. Kende bestellt. Sicher haben sie im Verlauf der Bundesjugendkonferenz selbst gemerkt, welch eine ungeheure Kluft zwischen ihren Worten und ihren Taten besteht.

### Fragen an die CDU und FDP

Weiß die CDU nicht mehr, daß das jetzige Jugendarbeitsschutzgesetz nur durch das Eingreifen des Bundesrates die von der CDU-Mehrheit bereits beschlossenen Verschlechterungen gegenüber dem früheren Gesetz wettgemacht hat? Weiß sie nicht mehr, daß die mit ihrer Mehrheit verabschiedete Novelle zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz den jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend in keiner Weise Rechnung trägt und den Erfordernissen moderner Jugendhilfe in eklatanter Weise entgegensteht?

Weiß die Bundesregierung nicht mehr, daß sie durch einen einmütigen Beschluß des Bundestages vom 8. April 1959 aufgefordert wird, "baldmöglichst den Entwurf eines umfassenden Gesetzes über die Gewährung von Berufsausbildungsbeihilfen für Kinder und Jugendliche vorzulegen, das Anspruch und Leistung regelt und eine Vereinheitlichung des bisherigen Leistungsrechts bringt?" Weiß sie nichts von den Vorhaben des Bundeswirtschaftsministeriums, durch eine Änderung der Gewerbeordnung ein Berufsausbildungsgesetz entsprechend den Vorschlägen des deutschen Gewerkschaftsbundes zu verhindern und damit die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeitnehmer in allen Berufsausbildungsfragen auszuschalten?

Und weiß die FDP nicht, daß ihr Vorsitzender, Herr Dr. Erich Mende, die klägliche Auffassung bestimmter Gewerkschaftsgegner vertritt, die Gewerkschaften seien nicht legitimiert, für die gesamten Arbeitnehmer zu sprechen, weil bei ihnen nicht die Mehrheit, sondern nur die Minderheit organisiert ist; ohne daß derselbe Herr Dr. Mende die Tatsache berücksichtigt, daß bei den Betriebsrätewahlen mehr als 90 Prozent der abgegebenen Stimmen die Kandidaten der Gewerkschaften des DGB erhielten?

Keine Frage, die Herren von der Koalition wissen es. Ihre schöngelastigen Höhenflüge, mit denen sie bei der jungen Generation der Gewerkschaften um gut Wetter baten, erinnern an jenen Bürgermeister, der von Gemeinderat ein Pferd bewilligt haben wollte, und als man seinen Antrag abgelehnt hatte, er flugs einen neuen einbrachte, in dem er entweder um einen Schimmel oder um einen Rapen bat. Die Vertreter der deutschen Gewerkschaftsjugend haben der CDU und FDP nicht einmal das Roßhaar bewilligt.

### Absage an den Wortradikalismus

Aber nicht nur dieses Unterscheidenkönnen zwischen dem vordergründig Gesagten und dem hintergründig Gemeinten, verdient unsere besondere Beachtung, sondern auch die klare Absage an den "Wortradikalismus" und an eine bloße Demonstrationspolitik. Nicht nur Radikalismus des Sentiments, sondern auch Radikalismus der Konsequenz. Konsequenz und Schwerpunktbildung in der gewerkschaftspolitischen Arbeit, also in der praktischen Jugendarbeit und in der Erziehungs- und Bildungsarbeit. Das schließt ein die Arbeit für eine konsequente soziale Demokratie, also Kritik an den sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik und das Wissen, daß die Hauptfeinde einer freien Gewerkschaftsbewegung Diktaturen und totalitäre Gesellschaften sind, ganz gleich wie sie heißen, ganz gleich, mit welcher Farbe sie sich bemalen.

Die Gewerkschaftsjugend ist nur ein Teil unserer jungen Generation in der Bundesrepublik. Und ohne jeden Zweifel braucht sie wie alle jungen Menschen die Hilfe der Erwachsenen, aber keine Hilfe mit Gönnermienen sondern aufrichtiges Bemühen, die Erfahrungen des Alters an die Jugend weiterzugeben.

### Kein Geld für Tierschutz

Von H.G.Ritzel, MdB

Daß die notwendige Sparsamkeit im Haushaltsausschuß nicht selten am falschen Objekt geübt wird, hat die Haltung der CDU/CSU und der FDP bei Ablehnung eines von der SPD-Bundestagsfraktion gestellten Antrages auf Erhöhung der Bundeszuwendungen für Zwecke des Tierschutzes gezeigt.

Bisher waren zur Auszahlung an eine einzige Organisation 18 000 DM jährlich bereitgestellt. Im Haushaltsausschuß des Bundestages habe ich im Gegensatz zu den Regierungsparteien und ihren Sprechern den Standpunkt vertreten, daß im Interesse des deutschen Tierschutzes mindestens die von der Bundesregierung selbst vorgesehenen 40 000 DM bereitgestellt werden müßten und zwar nicht nur für eine Organisation, sondern auch für andere Tierschutzverbände. Die Mehrheit des Deutschen Bundestages hat diesen Antrag im Verlauf der Haushaltsberatungen ohne eigene Stellungnahme abgelehnt. Damit steht leider fest, daß der gute Wille der Sozialdemokraten, gerade jetzt dem deutschen Tierschutz zu helfen, auf keine Gegenliebe gestossen ist.

Seit dem im Spätsommer des Jahres 1961 nach jahrelangen Vorbereitungen und Kämpfen das Gesetz über Ausfuhrverbot für Schlachtpferde erlassen worden ist, reißen die Klagen nicht ab, die von einer bewußten Umgehung dieses Gesetzes sprechen. Hier stellt sich für die deutschen Tierschützer eine sehr ernsthafte Aufgabe, die darin besteht, jede Möglichkeit zu ergreifen, um Umgehungen des Gesetzes, einwandfrei durch Zeugen und Tatsachen belegt, festzustellen. Wenn irgendwo in der Bundesrepublik Schlachtpferde als Nutzpferde getarnt und teurer verkauft in das Ausland transportiert werden, dann ist ein solcher Akt eine bewußte Umgehung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Nachforschungen auf diesem Gebiete sollten auch finanziell ermöglicht werden. Dies war mit ein Grund für den von der Bundestagsmehrheit abgelehnten sozialdemokratischen Antrag.

Eine andere Aktivität der Tierschutzverbände ist in der allernächsten Zeit erwünscht und notwendig wegen der bevorstehenden gesetzlichen Neuregelung des geltenden Tierschutzgesetzes. Auf Grund von Vorarbeiten, die im Rahmen der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft geleistet wurden, haben sich zahlreiche Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen

dahin geeinigt, gemeinsam einen Gesetzentwurf einzureichen, um die Schaffung eines neuen Tierschutzrechts in Gang zu bringen. Dieser Gesetzentwurf enthält nicht der Weisheit letzten Schluss. Er ist in vielen Teilfragen zu kritisieren, aber diese Kritik kann ja allein weiterhelfen und den federführenden Ausschuss des Deutschen Bundestages, den Ausschuss für Inneres, befähigen, nicht nur aus eigener Kenntnis und Erkenntnis ein neues Tierschutzrecht zu gestalten, sondern auch in Verbindung mit den tierliebenden Kreisen unseres Volkes Meinungsäußerungen entgegenzunehmen, die in der Sache weiterhelfen. Soweit Meinungsbefragungen in den Tierschutzverbänden durchgeführt werden sollen, liegt jede derartige Maßnahme zugleich im öffentlichen Interesse, denn eine Gesetzgebung, die sich im luftleeren Raum vollzieht, die nicht den Finger am Puls der öffentlichen Meinung hat, wird nach ihrer Vollendung niemals auf den Beifall und das Verständnis rechnen können, deren ein wirklich wirksames Gesetz dieser Art bedarf.

Die Aufgaben des Tierschutzes müssen in unserem Volk so tief Wurzel schlagen, dass jeder Verstoss gegen den Schutz und das Recht der Tiere bedeutet, dass der Schuldige wirklich zur Verantwortung gezogen wird. Es sind nicht wenige Große in Reiche des Geistes der Vergangenheit und der Gegenwart, die zu den bewussten Förderern des Tierschutzgedankens zählen. Die moralische Bewertung eines Volkes hängt u.a. auch davon ab, wie sich dieses Volk zum Tier verhält, ob es in ihm ein willenloses Werkzeug zur Befriedigung oftmals sadistischer Gelüste sieht, ob sich ein hemmungsloses Gewinnstreben auf Kosten des Tieres vollzieht, oder ob ethische und moralische Bindungen den Menschen den rechten Weg im Verhältnis zum Tier zeigen. Diese moralische Einstellung unseres Volkes zu fördern, war der Zweck des sozialdemokratischen Antrages auf eine Mehrbewilligung von 22 000 DM. Leider haben sich die Regierungsparteien wortlos versagt. So bleibt es nun dabei, dass nur eine Tierschutzorganisation gefördert wird, dass keine Kontrolle besteht, ob diese wenigen Bundesmittel nicht in erster Linie für den Verwaltungsapparat des betreffenden Verbandes ausgegeben werden. Zurück bleibt das Gefühl der Enttäuschung und des Unbefriedigtseins gegenüber einem Verlangen, das dem Gedanken der Humanität und dem Schutze der stummen Kreatur dienen sollte.

### Rückblick auf eine stolze Geschichte

---

ps-os: Det Norske Arbeiderparti - die sozialdemokratische Partei Norwegens - wird in diesem Jahre 75 Jahre alt. Sie hat sich in diesem Zeitraum von einer radikalen Arbeiterpartei "marxistischer" Prägung zur sozialdemokratischen Reformpartei des heute in Skandinavien vorherrschenden Typus entwickelt. Ihr gegenwärtiges Programm dient der Verwirklichung des Sozialstaats und kann in zwei Hauptpunkten zusammengefasst werden: erstens stetige Vermehrung des Volkseinkommens - zweitens möglichst gerechte Verteilung des zunehmenden Volkseinkommens. Über "die gerechte Verteilung" oder den Einkommensausgleich bestehen in Norwegen ebenso geteilte Meinungen wie anderwärts. Leichter einander anzunähern sind die Meinungen nur dann, wenn das zu Verteilende beständig zunimmt. Demzufolge legt DNA das stärkste Gewicht auf eine Politik der wirtschaftlichen Expansion.

Die norwegische Sozialdemokratie kam in ihrer bisherigen Geschichte dreimal zur Regierung. Die erste sozialdemokratische Regierung von 1928 war nur von kurzer Dauer. Das Kabinett des Sozialdemokraten Nygaardsvold regierte von 1935 bis 1945, seit 1940 von London aus. In der von Einar Gerhardsen 1945 gebildeten Koalitionsregierung hatte die Arbeiterpartei die absolute Mehrheit. Das Amt des Ministerpräsidenten wurde '95' von Oskar Torp übernommen, ging aber inzwischen wieder an Einar Gerhardsen zurück.

Die Feier des Ersten Mai wird in diesem Jahre stark vom Partei Jubiläum geprägt sein, obwohl die Maiparole, "Solidarität mit den armen Völkern der Erde", auf ein aktuelles Problem hinweist. Jedoch soll der historische Teil des Demonstrationzuges in der Hauptstadt an die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung seit der Parteigründung erinnern, weshalb die noch lebenden Veteranen der verschiedenen Zweige der norwegischen Arbeiterbewegung an der Spitze des Zuges marschieren und das Andenken der Bahnbrecher ehren sollen. Weitere Abteilungen im Demonstrationzug werden das in der Gegenwart Erreichte sowie das für die Zukunft zu Fordernde darstellen. In all diesem soll ausgedrückt werden, welche Rolle die Solidarität in der eigenen Entwicklung gespielt hat und welche Rolle sie noch spielen kann.

Zugleich soll der Maiumzug sozusagen in die Gesellschaftskunde einführen. Zum 75. Jahrestag der Partei soll herausgestellt werden, daß die soziale Umwälzung von der politischen Arbeiterbewegung bewirkt wurde. Ministerpräsident Gerhardsen, zugleich Parteivorsitzender, wird im Zentrum Oslos die Festrede zum Ersten Mai halten. Mit der Maifeier soll ein Volksfest verbunden sein und in der Festlotterie ist ein Personenkraftwagen zu gewinnen, sozusagen als Symbol des Aufstiegs vom pauperisierten Proletariat zur selbstbewußten Arbeitnehmerschaft von heute.